

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

13. Sitzung

Umweltausschuß

6. Sitzung

am Mittwoch, dem 13. November 1996, 10.00 Uhr

Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Holger Astrup (SPD)

Uwe Döring (SPD)

Ursula Kähler (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anwesende Abgeordnete des Umweltausschusses

Ingrid Franzen (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Konrad Nabel (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Gero Storjohann (CDU)

Roswitha Strauß (CDU)

Herlich Marie Todsén (CDU)

Dr. Adelheid Winking-Nikolay (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Fehlende Abgeordnete

Berndt Steincke (CDU)

Frauke Tengler (CDU)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Hans Siebke (CDU)

Peter Gerckens (SSW)

Landtagsverwaltung

RR z.A. Petra Tschanter

Weitere Anwesende

Tagesordnung:**Seite**

1. **Auswirkungen des Ergebnisses des Arbeitskreises** **4**
 "Steuerschätzung" vom 7. und 8. November 1996
 Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie
 Umdruck 14/242

2. **Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1996 bis 2000** **7**
 Bericht der Landesregierung
 Drucksache 14/300
 und
 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes
 1997 (Haushaltsgesetz 1997)
 Gesetzentwurf der Landesregierung
 Drucksache 14/240
 hierzu: Umdrucke 14/192, 14/198, 14/199, 14/200
 ¥ Einzelplan 13
 Minister für Umwelt, Natur und Forsten

3. **Verschiedenes** **12**

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Hay, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 10.00 Uhr, stellt die Beschlußfähigkeit des federführenden Finanzausschusses fest und übernimmt den Vorsitz. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Auswirkungen des Ergebnisses des Arbeitskreises "Steuerschätzung"
vom 7. und 8. November 1996**

Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie
Umdruck 14/242

M Möller trägt die aus Umdruck 14/242 ersichtlichen Auswirkungen des Ergebnisses des Arbeitskreises "Steuerschätzung" vom 7. und 8. November 1996 vor. Er teilt dem Ausschuß ferner mit, daß er mit Wirkung vom gestrigen Tage eine Haushaltssperre erlassen habe. Davon ausgenommen seien die Hochschulen, die ihren globalen Minderausgaben für das Jahr 1996 erwirtschaftet hätten.

Er fährt fort, hinzuweisen sei darauf, daß es bezüglich der Steuereinnahmen im Jahr 1997 zum einen die Steuerschätzung gebe, zum anderen die bestehenden Unsicherheiten bezüglich der Fassung des Jahressteuergesetzes 1997. Zwei Bundesländer, die Erbschaftsteuer erhöhen, hätten auf der Grundlage der Vorstellungen der Bundesregierung Modellrechnungen durchgeführt und seien zu dem Ergebnis gekommen, daß die vorgesehenen Änderungen im Jahressteuergesetz nicht zu Mehreinnahmen von 1,5 Milliarden DM, sondern nur von 100 Millionen DM führen würden. Dies müsse in den nächsten Tagen geklärt werden.

Die Landesregierung beabsichtige, die Nachschiebeliste dem Finanzausschuß nach der abschließenden Beratung im Vermittlungsausschuß des Bundesrates zuzuleiten; das Kabinett werde darüber voraussichtlich erst am 10. Dezember beraten, so daß sich die Zuleitung an den Finanzausschuß etwas verzögern werde. Zielsetzung sei, daß die Nachschiebeliste zu einer Entlastung des Haushalts 1997, nicht zu einer Belastung führe.

Abg. Stritzl fragt, in welchem Umfang die globalen Minderausgaben für das Haushaltsjahr 1996 aufgelöst worden seien, in welchen Bereichen die zusätzlichen 103 Millionen DM, die über die Haushaltssperre erwirtschaftet werden sollten, erbracht werden sollten und ob M

Möller ausschließe, daß es einen Defizitabschluß für den Haushalt 1996 geben werde. - M Möller antwortet, er gehe davon aus, daß die globalen Minderausgaben in allen Ressorts erwirtschaftet würden. Einige Ressorts hätten dem Finanzausschuß schon eine entsprechende Mitteilung gemacht. Welchen Betrag die Haushaltssperre insgesamt erbringen werde, könne er gegenwärtig nicht sagen. Er gehe jedoch davon aus, daß es ein zweistelliger Millionenbetrag sei. Eine Prognose zum Haushaltsabschluß wage er ebenfalls nicht, da in den Steuereinnahmen sowohl Risiken als auch Hoffnungen lägen.

Abg. Stritzl wiederholt seine Frage nach dem konkreten Stand der Auflösung der globalen Minderausgabe. Er führt aus, M Möller habe dargelegt, die Mindereinnahmen führten dazu, daß der Haushalt sich nur in Nuancen ändern werde. Die nunmehr vorliegenden Schätzungen bezüglich der Minderausgaben beliefen sich auf 243 Millionen DM, nicht eingerechnet die globale Minderausgabe. Er möchte wissen, ob es Überlegungen darüber gebe, in welchen Bereichen die Landesregierung umsteuern werde. Außerdem fragt er, ob M Möller versichern könne, daß aus Landesmitteln keinerlei Mittel oder Gelder zum Vertrieb oder Anbau von Drogen in Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellt würden. - M Möller erwidert, er gehe davon aus, daß die Auflösung der globalen Minderausgaben voll erfolgen werde. Einen genauen Überblick darüber habe er derzeit nicht. Weiter legt er dar, daß sich das Kabinett in der kommenden Woche mit dem Modellversuch im Zusammenhang mit Haschisch beschäftigen werde. Er weist darauf hin, daß sich die Fachministerin eindeutig dahin geäußert habe, daß es - jedenfalls für die Haschproduktion - keine Landesproduktion von Hanf geben werde. - Der Vorsitzende bittet die Ressorts, dem Finanzausschuß eine Mitteilung darüber, daß eine Auflösung der globalen Minderausgabe erfolgt sei, so schnell wie möglich zuzuleiten.

Abg. Dr. Happach-Kasan fragt nach dem Zeitpunkt des Vorliegendes des Ergebnisses der Haushaltssperre und nach dem Stand des von der Landesregierung vorgesehenen Gesetzentwurfes hinsichtlich der Vermögensteuer. - M Möller führt aus, der Antrag hinsichtlich der Vermögensteuer, der in der letzten Woche in den Bundesrat eingebracht worden sei, sei seit langem bekannt. Er sei relativ spät eingebracht worden, weil die Länder darauf gesetzt hätten, daß es in den Gesprächen zwischen Bundesregierung und Opposition zu einer Verständigung komme. Der Umfang der durch die Haushaltssperre erwirtschafteten Haushaltsmittel könne dem Ausschuß erst mit Abschluß des Haushaltsjahres 1996 mitgeteilt werden.

Auf die Frage des Abg. Sager, welche Vorsorge die Landesregierung für den Fall getroffen habe, daß die Haushaltssperre nicht den notwendigen Erfolg bringe, beantwortet M Möller dahin, daß er die Vorsorgemaßnahmen, die die Landesregierung im Mai getroffen habe,

nämlich bei der Haushaltsbewirtschaftung bereits Haushaltsrisiken zu berücksichtigen, für eine angemessene Vorsorge halte. Im übrigen weist er auf die möglichen Schwankungen bei den Steuereinnahmen hin.

Abg. Stritzl wiederholt nochmals seine Fragen, ob die Landesregierung davon ausgehe, daß sie bis zum Jahresende 103 Millionen DM erwirtschaften werde, oder ob damit zu rechnen sei, daß der Haushalt 1996 mit einem Defizit abschließe. M Möller erwidert, er sei auf diese Fragen bereits mehrmals eingegangen.

Die Frage des Abg. Stritzl, welche Überlegungen es gebe, in welchem Umfang sich die Veranschlagung der Nettoneuverschuldung für 1997 ändern werde, beantwortet M Möller dahin, daß versucht werden solle, die Nettoneuverschuldung nicht zu erhöhen. Nicht bekannt sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch, welche Auswirkungen die immensen globalen Minderausgaben des Bundes auf den Landeshaushalt hätten.

Auf eine Frage der Abg. Strauß bestätigt MR Pelly, daß in der Investitionsquote des Landes in Höhe von etwa 1,6 Milliarden DM etwa 300 Millionen durchlaufende Bundesmittel enthalten seien.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1996 bis 2000

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/300

und

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 1997
(Haushaltsgesetz 1997)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/240

hierzu: Umdrucke 14/192, 14/198, 14/199, 14/200

¥ Einzelplan 13

Minister für Umwelt, Natur und Forsten

1301-422 01, Bezüge und Zulagen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Auf Fragen der Abg. Todsén legt M. Steenblock dar, die neuen Stellen im Bereich des Ministeriums seien Ausfluß der Umsetzung der Koalitionsverhandlungen mit bestimmten Schwerpunkten. Daß eine Koalitionsregierung eine stellvertretende Regierungssprecherin habe, die dem Koalitionspartner zuarbeite, sei wohl selbstverständlich. Daß eine Möglichkeit gefunden worden sei, diese Position mit der Pressestelle des Umweltministeriums zu verbinden, halte er für eine kostengünstige Lösung. Auch die weiteren im Bereich des Umweltministerium geschaffenen Stellen seien Konsequenzen aus der Regierungsneubildung. Das materielle Niveau, das dafür anfalle, biete keinen Anlaß zu Kritik. Die Tatsache, daß die Regierung versuche, im Bereich der Ökotechnik auch personell zu verstärken, sei wohl verständlich, da es sich um einen ganz zentralen Punkt der Landespolitik handele.

1301-462 01, Globale Minderausgabe für Personalausgaben

M. Steenblock berichtet, daß die globale Minderausgabe für das Haushaltsjahr 1996 aufgelöst sei. Er sagt zu, dem Ausschuß eine entsprechende Auflistung zur Verfügung zu stellen (Umdruck 14/243).

1301-515 01, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände

M Steenblock sagt auf eine entsprechende Bitte der Abg. Todsen zu, dem Ausschuß eine Aufstellung über Neuausstattungen im ganzen Bereich des Ministerbüros zuzuleiten.

1301-671 03, Kostenerstattung an die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) für die Herausgabe einer Umweltzeitschrift

Abg. Todsen fragt, wie hoch die Kosten für die Herausgabe der Umweltzeitschrift insgesamt sind. - M Steenblock sagt zu, diese Information dem Ausschuß zuzuleiten.

1301-533 21, Studien, Untersuchungen und sonstige Werkverträge

Fragen des Abg. Sager beantwortet M Steenblock dahin, daß die Fallkontrollstudie mit insgesamt 5,8 Millionen DM veranschlagt sei. Die Aufteilung zwischen dem Land Niedersachsen und Schleswig-Holstein erfolge im Verhältnis 1 : 2. Bundesmittel gebe es für diese Studie nicht. Auf Nachfragen der Abg. Strauß legt M Steenblock dar, die Auftragssumme betrage 5 799 600 DM. Davon entfielen auf Niedersachsen 1 933 200 DM und auf Schleswig-Holstein 3 866 400 DM. Die Deckung erfolge aus den Haushaltsvoranschlägen zuzüglich Ausgabereste 1995. Auf eine weitere Nachfrage der Abg. Dr. Happach-Kasan führt M Steenblock aus, daß aus den Haushaltsresten auch beispielsweise die entstehenden Aufwandsentschädigungen für den Wissenschaftlichen Beirat gezahlt würden.

1301-422 56, Bezüge und Zulagen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Abg. Strauß bittet um Erläuterung der Steigerung des Ansatzes. VP Dr. Schmidt-Bens weist auf die Bedenken des Landesrechnungshofs hin, aus zweckgebundenen Mitteln Personal zu bezahlen. Er stellt die Frage, warum an dieser Stelle keine Angestelltenstellen eingesetzt würden. - M Steenblock sagt zu, diese Fragen schriftlich zu beantworten.

1301-533 56, Erstellung von Plänen, Programmen, Konzepten und ähnlichem für die Abfallvermeidung, -verwertung und -entsorgung

M Steenblock sagt auf Bitte der Abg. Strauß zu, dem Ausschuß eine Aufstellung über die geplanten Programme zuzuleiten.

1302-119 06, Ausgleichszahlung gemäß § 8 Abs. 3 in Verbindung mit § 8 B Landesnaturschutzgesetz

Auf eine Frage des Abg. Storjohann weist MR Petersen auf die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Abg. Dr. Ekkehard Klug zum Thema "Ausgleichszahlung gemäß § 8 Abs. 3 Landesnaturschutzgesetz", Drucksache 14/204, hin.

1302-633 40, Verwaltungskostenerstattung an die Kreise Segeberg und Ostholstein für die Vorbereitung von Naturschutzgebiets-Rechtssetzungsverfahren

Abg. Todsén bittet um einen schriftlichen Sachstandsbericht über den Stand des Modellprojekts.

1302-653 42, Zuschüsse für die Aufstellung von Landschaftsplänen

M Steenblock sagt auf eine Bitte der Abg. Todsén zu, dem Ausschuß eine Aufstellung darüber zu geben, wie viele Anträge von seiten der Kommunen vorliegen und wer die Anträge gestellt hat. In diesem Zusammenhang merkt er an, daß das Ministerium anstrebe, den Ansatz im Rahmen der Nachschiebeliste auf 1,2 Millionen DM zu erhöhen. - Auf eine Bemerkung des Abg. Neugebauer bekräftigt M Steenblock, er werde sich im Rahmen von Gesprächen mit dem Finanzminister dafür einsetzen, daß die Mittel aus diesem Titel nicht der Haushaltssperre unterliegen.

MDgt Pätschke weist darauf hin, daß die Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" sich grundsätzlich mit dem Thema beschäftigen wolle, inwieweit hier ureigene Aufgabe der Gemeinden vorliege, und daß geklärt werden solle, ob Mittel für diese Aufgabe den Kommunen gegebenenfalls im Rahmen des Finanzausgleichs zur Verfügung gestellt werden sollten. - Der Vorsitzende macht in diesem Zusammenhang deutlich, daß er die Auffassung des Landesrechnungshofs nicht stützen könne. Abg. Sager legt kurz die Haltung der CDU-Fraktion dar und betont, daß die Gemeinden mit der ihnen durch Landesgesetz übertragenen Aufgabe nicht alleingelassen werden dürften.

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß sich der Landtag in dieser Legislaturperiode sicherlich noch grundsätzlich mit einer Novellierung des kommunalen Finanzausgleichs beschäftigen werde.

1302-671 40, An die Stiftung Naturschutz für Verwaltungskosten und Grundlasten

Der Vorsitzende weist auf eine Diskrepanz beim Stiftungshaushalt in Höhe von 600 000 DM hin. - MR Petersen führt aus, daß dieser Betrag beim Stiftungshaushalts "vergessen" worden sei; dies werde in der nächsten Sitzung des Stiftungsrates nachgebessert werden. Dem Finanzausschuß werde ein entsprechender Korrekturvorschlag zugeleitet werden.

1302-883 40, An Kreise und Gemeinde für investive Maßnahmen des biologischen Flächenschutzes und des Artenschutzes

Auf die Frage der Abg. Dr. Happach-Kasan nach dem Grund für den negativen Ist in der Ist-Liste antwortet MR Petersen, daß es sich hierbei um Buchungsfehler, aber auch Rückzahlungen handeln könne. Er sagt zu, dies zu klären und dem Ausschuß die entsprechende Information zuzuleiten.

1302-MG 02, Förderung der ökologischen Technik und ökologischen Wirtschaft

In einer kurzen Diskussion sagt M Steenblock zu, dem Ausschuß eine - unter Datenschutzaspekten bereinigte - Information der im Jahr 1997 zu fördernden Projekte zuzuleiten.

Im übrigen sagt M Steenblock zu, der Frage nachzugehen, aus welchem Grund im Rahmen dieser Maßnahmegruppe bisher relativ wenig Mittelabfluß stattgefunden hat.

1302-657 05, An Wasser- und Bodenverbände und Gemeinden für Deiche

Auf Fragen von Abgeordneten der Fraktion der CDU legt M Steenblock dar, das Ministerium sei gegenwärtig dabei, über eine Änderung der Förderbedingungen nachzudenken, die dazu führten, daß regionale Ungleichgewichte abgebaut würden. - Der Vorsitzende legt dar, der Ausschuß werde auf dieses Thema zu gegebener Zeit zurückkommen.

1302-685 15, Zuwendungen an die nach § 29 BNatSchG in Schleswig-Holstein anerkannten Verbände für Ausgaben im Rahmen ihrer Mitwirkungsrechte nach § 29 Landesnaturschutzgesetz

Auf Fragen der Abg. Dr. Happach-Kasan legt M Steenblock dar, daß sich eine Richtlinie zur institutionellen Förderung großer Natur- und Umweltschutzverbände im Anhörungsverfahren befinde. - Der Vorsitzende beendet die Diskussion zu diesem Punkt mit dem Hinweis darauf, daß eine Fachdiskussion im dafür zuständigen Fachausschuß geführt werden sollte.

1302-685 16, An Vereine und Verbände für die Betreuung von Schutzgebieten

M Steenblock sagt zu, dem Ausschuß eine Übersicht darüber zuzuleiten, welche neuen Schutzgebiete 1996 und 1997 erstmals betreut werden sollen, sowie eine regionale Zuordnung dieser Gebiete.

1302-MG 07, Grundwasserschutz, Grundwasserbewirtschaftung, Wasserversorgung

M Steenblock sagt zu, dem Ausschuß eine schriftliche Antwort auf die Frage des Abg. Stritzl, um wieviel der Grundwasserverbrauch in Schleswig-Holstein zurückgegangen sei, zuzuleiten.

1302-893 51, An die Stiftung Naturschutz für Grundstücksankäufe

M Steenblock sagt zu, dem Ausschuß eine schriftliche Information über das Konzept, die für den Kauf vorgesehenen Flächen sowie die Flächenanteile zuzuleiten.

1302-685 54, An die Investitionsbank für die Förderung zur Umstellung auf abfallvermeidende Technologien und umweltfreundlichere Produkte und Verpackungen

M Steenblock sagt zu, dem Ausschuß Informationen über die Frage der Abg. Strauß über die Vergabekriterien, daüber, ob Anträge vorliegen und für welche Maßnahmen, schriftlich zuzuleiten.

1302-883 53, An Kreise und Gemeinden für die Altlastensanierung

M Steenblock sagt zu, dem Ausschuß schriftlich mitzuteilen, welche Gemeinden welche Maßnahmen angemeldet haben.

1302-893 55, An sonstige für abfallwirtschaftliche Anlagen,

1302-893 57, An sonstige für abfallwirtschaftliche Pilotvorhaben

M Steenblock sagt auf eine Frage der Abg. Strauß zu, dem Ausschuß Übersichten über die zu fördernden Anlagen und Pilotvorhaben zuzuleiten.

Punkt 3 der Tagesordnung:**Verschiedenes**

Der Ausschuß verständigt sich darauf, die Beratungen des Einzelplans 13 am Freitag, dem 22. November 1996, fortzusetzen, sofern an diesem Tage keine Landtags-Tagung stattfindet.

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses schließt die gemeinsame Sitzung um 13.00 Uhr.

gez. Hay
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin